

DGB Rheinland-Pfalz / Saarland | Kaiserstraße 26 - 30 | 55116 Mainz

Offener Brief

An
die Landtagsabgeordneten der Fraktionen SPD, CDU, FDP
und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im Landtag Rheinland-
Pfalz

Erhöhung der Abgeordnetendiäten sollte Anlass sein, die Beamtenbesoldung anzupassen

20. März 2017

Sehr geehrte Abgeordnete des rheinland-pfälzischen Landtages,

Dietmar Muscheid
Vorsitzender

Dietmar.Muscheid@dgb.de
Michael.Christ@dgb.de

Telefon: 06131 2816-17/18
Telefax: 06131 2816-10

Kaiserstraße 26 - 30
55116 Mainz

www.rheinland-pfalz-saarland.dgb.de

die Abgeordnetendiäten im rheinland-pfälzischen Landtag sollen nach dem Willen von SPD, CDU, FDP und Grünen steigen. Als Argumente dafür werden steigende Lebenshaltungskosten, die allgemeine Lohnentwicklung, eine höhere Arbeitsbelastung und ein Gehaltsrückstand im Ländervergleich angeführt. In der Tat erfahren wir derzeit in vielen Bereichen eine Arbeitsverdichtung und höhere Belastungen, auch steigen die Lebenshaltungskosten. Deshalb kritisiere ich ausdrücklich nicht, dass auch die Diäten der Landtagsabgeordneten unter diesen Vorzeichen steigen sollen. Nur muss dann gleiches Recht für alle gelten. Aus der nicht abzustreitenden Tatsache, dass rheinland-pfälzische Abgeordnete im Vergleich zu den Landtagen vieler anderer Bundesländer niedrigere Diäten erhalten, ergibt sich aber die Frage: Wie steht es um die Beamtenbesoldung im Land?

Seit Jahren hinkt die Beamtenbesoldung hierzulande den anderen Bundesländern weit hinterher. Das macht der DGB-Besoldungsreport jedes Jahr aufs Neue deutlich. Grund dafür war etwa auch die 1-Prozent-Deckelung der Beamtengehälter in Rheinland-Pfalz. Dieser Rückstand auf die anderen Bundesländer besteht auch nach einer Übertragung des Tarifergebnisses TV-L auf die Beamtinnen und Beamten. Kernbereiche der öffentlichen Ordnung und Fürsorge – Feuerwehrleute, Lehrerinnen und Lehrer, unsere Polizistinnen und Polizisten, Verwaltungsbeamtinnen und -beamte – verdienen in Rheinland-Pfalz deutlich weniger als in anderen Bundesländern.

Bei der Gehaltsstufe A9 – mit der etwa Polizistinnen und Polizisten eingestellt werden – liegt Rheinland-Pfalz auf dem vorletzten Platz im Ländervergleich. Nur in Berlin verdienen Beamte in dieser Stufe noch weniger. Eine rheinland-pfälzische Polizistin in dieser Stufe würde in Hessen 500 Euro, in Baden-Württemberg sogar 1.700 Euro jährlich mehr verdienen. In der A 13 macht der Unterschied zu Hessen jährlich 1.700 Euro und zu Baden-Württemberg ganze 3.300 Euro im Jahr aus. Man kann es keiner Beamtin, keinem Beamten verdenken, wenn er angesichts dessen in lukrativere Besoldungsstrukturen von Mainz nach Wiesbaden oder von

Ludwigshafen nach Mannheim ein paar Kilometer über die Landesgrenze wechselt. Dem Land Rheinland-Pfalz droht somit der Nachwuchs abzuwandern. Deshalb fordern wir weiter, dass die Bezüge der Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz angepasst werden!

Die Diätenerhöhung ist der richtige Anlass, um jetzt auch zu entscheiden, dass die Beamtenbesoldung über das Tarifiergebnis hinaus angehoben wird.

Mit freundlichen Grüßen



Dietmar Muscheid

(Vorsitzender)